

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
31.08.2010

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:10 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung

Frau Kammeier

Frau Niederfranke

Frau Osthus

Herr Weber

SPD

Herr Garbrecht

Herr Gerth

Herr Kaufmann

Frau Schneider

Frau Schrader

Vorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Bürgernähe

Frau Geilhaar

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz

Frau Huber

Herr Klein

Herr Winkelmann

Integrationsrat

Seniorenrat

Psychiatriebeirat

Beirat für Behindertenfragen

(ab 17.15 Uhr)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Schulz

Frau Dr. Delius

Frau Buddemeier
 Herr Voßhans

Frau Dr. Friedrich

Frau Grewe

Frau Streubühr

Frau Kleiner

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5
 Dezernat 3
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Gleichstellungsstelle
 Amt für Integration und inter-
 kulturelle Angelegenheiten
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Amt für Integration und inter-
 kulturelle Angelegenheiten
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Stab Dezernat 3

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Garbrecht begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass Herr Dr. Zillies an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne und der TOP 1 in die nächste Sitzung vertagt werde. Weitere Änderungen der Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1**Verpflichtung von Herrn Dr. Zillies als neues stellvertretendes Mitglied der CDU-Fraktion im Sozial- und Gesundheitsausschuss**

vertagt

Zu Punkt 2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 6. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.06.2010**

Herr Weber bittet um folgende Ergänzungen des Protokolls:

Zu Punkt 5.1:

„Der eingebrachte Antrag wird unter Beteiligung aller Fraktionen eingehend diskutiert. Herr Weber vertritt für die CDU-Fraktion die Auffassung, dass mit dem Antrag zu spät und zu allgemein auf die notwendige Verlängerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen reagiert werde.“

Zu Punkt 6.4:

„Im Rahmen der geführten Diskussion verweist Herr Weber auf das von der Bundesregierung aufgelegte „Modellprojekt Bürgerarbeit“, mit dem ebenfalls schwer vermittelbare Personen gefördert werden sollen.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 6. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.06.2010 wird, unter Berücksichtigung der vorgebrachten Ergänzungen, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 3**Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****Angriff auf einen Mitarbeiter des Sozialamtes in einer städtischen Unterkunft**

Beigeordneter Herr Kähler informiert über den Angriff auf einen Mitarbeiter des Amtes für soziale Leistungen –Sozialamt- am 30.08.2010 in der Unterkunft „Kreuzstr. 5“. Der erfahrene Sozialarbeiter sei von einem wohnungslosen Bewohner angegriffen und schwer verletzt worden. Nach einer Notoperation gehe es dem Mitarbeiter den Umständen entsprechend gut.

Nach den gegenwärtigen Erkenntnissen handele es sich um einen äußerst bedauerlichen Einzelfall. Der Täter sei der Wohnungslosenhilfe seit Jahren bekannt. Es sei ein suchtkranker alleinstehender Mann, der wenig Kontakt zur Außenwelt pflege und auf Anforderungen verbal aggressiv und drohend reagiere. Eine Versorgung mit Wohnungen scheiterte aufgrund mangelnder Mitwirkung. Das Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen liege noch nicht vor.

Die Unterkunft „Kreuzstr. 5“ sei ein niederschwelliges Angebot für wohnungslose männliche Bielefelder Bürger. Die Mitarbeiter vor Ort seien Sozialarbeiter mit jahrelanger Berufserfahrung im Bereich der Wohnungslosenhilfe. Beigeordneter Herr Kähler erläutert das gute Sicherheitskonzept der Unterkunft. Das Konzept werde auf evtl. notwendige Veränderungen überprüft.

Vorsitzender Herr Garbrecht bittet die Verwaltung, dem verletzten Mitarbeiter die Genesungswünsche der Ausschussmitglieder zu übermitteln.

-:-

Zu Punkt 3.2 **Trinkwasserverkeimung im Bereich Westerfeldstraße/ Babenhaus-
erstraße**

Frau Dr. Delius teilt mit, dass in der 34. Kalenderwoche durch eine Bau-
stelle an der Westerfeldstraße in dem Straßenbereich Westerfeldstra-
ße/Babenhausstraße eine Trinkwasserverkeimung aufgetreten sei. Seit
dem 28.08.2010 werde das Trinkwasser in diesem Gebiet gechlort. Die
Chlorung werde bis Ende September 2010 fortgeführt. Das verhängte
Abkochgebot sei zwischenzeitlich wieder aufgehoben.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im SGB II**

Vorsitzender Herr Garbrecht verweist auf das als Tischvorlage verteilte
Ergebnis der interfraktionellen Arbeitsgruppe (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Auf Nachfrage von Frau Kammeier, bezüglich der Presseberichterstat-
tung über die Lebensumstände einer Familie aus Kirchdornberg, wird die
thematische Behandlung des Sachverhaltes dem Jugendhilfeausschuss
zugewiesen.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 33 über die Wei-
terbeschäftigung der Quartiershelfer in den Stadtbezirken**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1285/2009-2014

Beschluss:

Die Dringlichkeitsentscheidung Nr. 33 wird genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Einführung eines Sozialtickets (gemeinsamer Antrag der Fraktionen
SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 20.08.2010)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1296/2009-2014

Frau Rathsmann-Kronshage begründet den Antrag dahingehend, dass
die Kommune mit der Einführung eines Sozialtickets, für die im Be-

schlussvorschlag genannten Personenkreise, die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schaffen könne. Hinsichtlich der langfristigen Finanzierbarkeit eines Sozialtickets verweist Herr Weber auf die Erfahrungen der Städte Köln und Dortmund. Er beantragt, den Prüfauftrag um die Ermittlung der in Bielefeld bereits bestehenden Ermäßigungen und um die Prüfung und Darstellung der Leistungs- und Finanzierbarkeit eines Sozialtickets zu erweitern. Nach Auffassung von Frau Rathsmann-Kronshage beinhaltet die Konzepterarbeitung bereits die beantragten Prüfaufträge. Das Konzept solle die Grundlage für eine Beurteilung der Finanzierbarkeit eines Sozialtickets sein.

Fragen von Herrn Dr. Schmitz und Frau Geilhaar werden beantwortet.

Unter Berücksichtigung des CDU-Antrags fasst der SGA folgenden

Beschluss:

1. **moBiel GmbH wird gebeten, ein Konzept für die Einführung eines ermäßigten Tickets für Inhaber des Bielefeld Passes sowie für Geringverdiener/innen (bis 17.500 Euro Jahresverdienst) zu erarbeiten und dem SGA vorzustellen. Hierbei wird eine Verknüpfung mit bestehenden Angeboten bzw. Rabattregelungen angestrebt. Beim Vertrieb eines solchen Tickets soll auf die bewährte Zusammenarbeit zwischen moBiel und der „Stiftung Solidarität“ zurückgegriffen werden. Für die Konzepterarbeitung sollen die in Bielefeld bereits bestehenden Ermäßigungen ermittelt und die Leistungs- und Finanzierbarkeit eines Sozialtickets geprüft und dargestellt werden.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Landesregierung NRW Verhandlungen aufzunehmen, um eine Förderung des geplanten Sozialtickets zu erreichen. Ziel ist es, möglichst schnell ein solches Ticket in Bielefeld einzuführen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

(vorgezogene Beratung)

Anregung des Tierschutzvereines Bielefeld zum Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung, mit der eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht eingeführt werden soll

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1271/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert ausführlich die Informationsvorlage. Frau Kammeier, Frau Cascante-Maristany, Frau Rathsmann-Kronshage, Herr Weber, Vorsitzender Herr Garbrecht, Frau Schneider, Frau Geilhaar, Frau Osthus und Herr Dr. Schmitz erörtern mit Frau Dr. Friedrich und Beigeordnete Frau Ritschel eingehend die Situation der hohen Katzenpopulation in Bielefeld und die Möglichkeiten einer Bekämpfung. In diesem Zusammenhang schlägt Frau Cascante-Maristany vor, Herrn Dr. Lang über die Erfahrungen mit der Kastrationspflicht in Paderborn berichten zu lassen. Vorsitzender Herr Garbrecht hält eine solche Berichterstat-

tung, unter Einbeziehung des Tierschutzvereins, außerhalb einer SGA-Sitzung für sinnvoll. Über die Ergebnisse solle dann in einer der nächsten SGA-Sitzungen berichtet und lösungsorientiert diskutiert werden.

Die Anwesenden sind mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

-:-

Zu Punkt 7

"Wir fördern Integration!" - Integrationskonzept für Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0832/2009-2014

Herr Voßhans erläutert die wesentlichen Aspekte und die Struktur des Integrationskonzeptes (**Anlage 2**).

Die Mitglieder zeigen sich beeindruckt von dem umfangreichen Integrationskonzept und bedanken sich bei den beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz. Zu Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Cascante-Maristany, Herrn Weber, Frau Schrader, Herrn Adams, Herrn Kaufmann und Frau Kammeier führen Herr Voßhans und Frau Grewe aus, dass das Integrationskonzept nicht als Eingriff in die Fachplanungen wirken solle. Integration sei eine Querschnittsaufgabe, die nicht automatisch mit Mehrkosten verbunden sei. Bei der Stadt Bielefeld bestünden bereits viele Integrationsmaßnahmen. Schwerpunktmäßig würden zunächst die bestehenden bzw. die haushaltsneutralen Maßnahmen intensiviert bzw. umgesetzt. Aus dem Ausschuss wird der Wunsch geäußert, die Ziele und Handlungsansätze des Integrationskonzeptes auch im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen zu berücksichtigen.

Beschluss:

1. **Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat für die Stadt Bielefeld, die sich als weltoffene, tolerante und als Stadt der Vielfalt mit all ihren Facetten bekennt, eine herausragende Bedeutung. Integration gehört zu den strategischen Zielen Bielefelds.**

Das Bielefelder Konzept `Wir fördern Integration! – Integrationskonzept für Bielefeld´ wird als Grundlage der künftigen kommunalen Integrationspolitik, -förderung und –arbeit verabschiedet.

Mit dem Konzept stellt sich die Stadt Bielefeld der Frage, wie Integration als langwieriger Aushandlungsprozess so gestaltet werden kann, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt perspektivisch am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben gleichberechtigt teilhaben können. Es beschreibt die grundlegenden Rahmenbedingungen für einen respektvollen und gleichberechtigten Umgang zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund auf der Basis des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (LVerf NRW).

Das Konzept ist für die Stadt Bielefeld

- „Querschnittskonzept“ und Orientierungs- und Handlungsrahmen für Integrationsförderung und –arbeit als eine (gesamt-)gesellschaftliche und politische Aufgabe, bei der Menschen mit Migrationshintergrund, Aufnahmegesellschaft und Politik ihre unterschiedlichen Beiträge zu leisten haben.
 - verbindlicher Rahmen für kommunalpolitische Handlungsansätze, die in einem fortlaufenden Prozess von Zielformulierung, Maßnahmeplanung und Controlling erarbeitet und weiterentwickelt werden.
 - Grundlage für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Dialogs mit Akteurinnen bzw. Akteuren außerhalb der Verwaltung und für Strukturen für deren Beteiligung.
 - Handlungsinstrument zur Begleitung, Unterstützung und Umsetzung im Konzept verankerter Maßnahmen zur Integrationsförderung und –arbeit in kooperativer Vernetzung aller Beteiligten und für die künftigen Ziele und Grundsätze der Steuerung.
2. Die Stadt Bielefeld begrüßt und verabschiedet das Leitbild `Bielefeld – Zusammenleben in Vielfalt´ für die Bielefelder Integrationspolitik, -förderung und –arbeit als Orientierungsrahmen für die Ziele und das Handeln sowie für ein grundlegendes Verständnis von Integration (Anlage 1).
 3. Im Rahmen des Leitbilds (s. Ziff. 2) bekennt sich die Stadt Bielefeld zu integrationspolitischen Zielen und Aufgaben (vgl. Anlage 2 zum Beschlussvorschlag).
 4. Die Stadt Bielefeld befürwortet die Beachtung und Umsetzung der Handlungsfeld bezogenen Zielsetzungen und Maßnahmevorschläge des Integrationskonzepts. Vorrangig sind zunächst die Ziele und Maßnahmevorschläge gem. Anlage 3 zum Beschlussvorschlag zu berücksichtigen und umzusetzen.
- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9**Einrichtung von Pflegestützpunkten gemäß § 92 c SGB XI in der Stadt Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1044/2009-2014/1

Frau Schulz erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Sie beantwortet Fragen von Herrn Adams, Frau Cascante-Maristany und Frau Huber u. a. zur Einbindung von Selbsthilfegruppen und zu weiteren Umsetzungsschritten. Darüber hinaus weist Frau Schrader darauf hin, dass im Rahmen einer wettbewerbsneutralen Beratung die Onlinedatenbank der Stadt Bielefeld (www.bielefeld-pflegeberatung.de), eine hilfreiche Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen darstelle.

Beschluss:

1. In der Stadt Bielefeld wird ein Pflegestützpunkt in kommunaler Trägerschaft errichtet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Stützpunktvertrag mit den Pflegekassen zu schließen.
3. Über die Erfahrungen und die notwendigen Weiterentwicklungsbedarfe wird die Verwaltung Mitte des Jahres 2011 berichten

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10**Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Stadt Bielefeld gem. § 2 Abs. 2 AV-SGB XII NRW**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1236/2009-2014

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11**Hilfen der Stadt Bielefeld bei drohender oder eingetretener Wohnungslosigkeit 2009**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1237/2009-2014

Frau Streubühr informiert umfassend über die Entwicklungen in der kommunalen Wohnungslosenhilfe (**Anlage 3**).

Fragen von Frau Geilhaar, Frau Kammeier und Frau Cascante-Maristany u. a. zum Verlauf des Projektes „Mobile Mieterhilfe“ werden von Frau Streubühr beantwortet. Zu Fragen von Vorsitzenden Herrn Garbrecht führt sie aus, dass die zugrunde liegenden Fallzahlen

- zum Schaubild 1 (Seite 17 des Jahresberichtes 2009) von der Fachstelle und
- zum Schaubild 7 (Seite 22 des Jahresberichtes 2009) im Gerichtsbezirk Bielefeld vom Gericht ermittelt worden seien.

Statistische Erfassungen zum sog. „Drehtüreffekt“ liegen in Bielefeld nicht vor, da die in Bielefeld in Wohnungen integrierten Menschen nur in Einzelfällen in Unterkünfte zurückkehren würden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12 **Ernennung eines neuen Mitgliedes des Psychiatriebeirates**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1223/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ernennt auf Vorschlag des Stiftungsbereiches Integrationshilfen der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel Herrn Erhard Wehn als neues Mitglied des Psychiatriebeirates.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Garbrecht stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Vorsitzender Herr Garbrecht beendet die Sitzung um 19.35 Uhr.

Garbrecht
(Vorsitzender)

Krumme
(Schriftführerin)